

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Postlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: R. W. Hoff, Kallenberg & Vogler, G. L. Daube,
Invalidenbank, Berlin, Bern, Brühl, Mar. Gersmann,
Hilberfeld & Thienens, Greifswald G. J. J. Halle, A. E.
J. J. Ward & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,
Wilmanns. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Herr. Fischer, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Briefe aus der Zeit
König Ludwigs II. von Bayern.

Folgende, angeblich von einem Vertrauten
des unglücklichen Bayernkönigs in dessen Auf-
trage an einen andern Vertrauten gerichtete drei
Briefe veröffentlicht der Münchener „General-
Anzeiger“. Der erste Brief, datirt Berg, 24.
Juli 1871, lautet, unter Beseitigung von
Nebenbetrachtungen:

„In letzter Zeit haben Majestät öfters die
Münchener Zeitungen, u. A. auch die „Neuesten
Nachrichten“, „Süddeutsche Presse“ etc. gelesen,
und gefunden, daß diese Blätter sich meistens
mit dem deutschen Kaiser und Kronprinzen be-
schäftigen, in überhöflicher lobhudelei
Weise über diese schreiben, während von Majestät
nur vorübergehend, oder auch gänzlich Erwähnung
gesehen. Majestät nehmen nun fest an, daß
diese Zeitungsredakteure im preussischen Solde
stehen, und daß eigens von der preussischen
Regierung bezahlte Korrespondenten angestellt
sind, die die Aufgabe haben, die Münchener
Blätter mit solchen schädlichen Artikeln zu
füllen. Majestät lassen nun an Herrn Hofrath
die Frage stellen, ob es nicht möglich sei, mit
Geldmitteln aus der königlichen Kasse
ebenfalls einige tüchtige Männer anzustellen,
denen die Aufgabe würde, die Allerschädlich-
sten Personen in der Presse zu vertreten,
und zu machen, daß der Name des Königs
öfters, und gut klingend, von der Bevölkerung
gelesen werde. Diese Männer hätten ferner
dafür zu sorgen, daß allenfalls von Majestät,
oder vom Kabinett ausgehende Artikel in be-
stimmte Blätter aufgenommen würden, und die
schlechten preussischen Tendenzen zu schwächen.
Hierüber möchten Herr Hofrath sich ausprechen
und recht bald antworten.“

Der zweite Brief trägt das Datum „Hohen-
schwangau, 15. Januar 1873“:

„Sehr geehrter Herr Hofrath erhalten hier-
mit von Seiner Majestät dem Könige folgenden
Auftrag: Herr Hofrath möchten dem Herrn
Oberstleutnant von Sauer sagen, es sei der
Wille des Königs, daß sich derselbe sogleich zu
Ihrer Majestät der Königin (Mutter) begeben,
und Allerhöchst Derselben auf schonende Art be-
bringen, daß Ihre Majestät in Gegenwart des
Königs nie mehr über Politik sprechen, garnicht
aber sich lobend über „Preußen“ äußern
möge.“

Der dritte Brief ist, von Linderhof am
19. September 1876 geschrieben, folgenden In-
halts:

„Seine Majestät lassen die von Schaden
aus geschriebene und erst kürzlich in Erinnerung
gebrachte Angelegenheit Herrn Hofrath recht an's
Herz legen; Herr von Ziegler sollen Euer
Hochwohlgeboren gänzlich aus dem Spiel lassen
und ihn in keiner Weise zu Worte ziehen, da
Seine Majestät kein Vertrauen auf Herrn
Staatsanwalt haben und überhaupt nicht mehr
mögen. Auch Herr Dr. Trost möchten Herr
Hofrath mittheilen, daß Seine Majestät kein
Vertrauen auf Herrn Staatsanwalt haben, und
ihn anregen, daß Herr Dr. Trost und unter das
Publikum bringe, jedoch nicht durch die
Zeitungen, sondern mündlich, daß Seine Majestät
unangenehm berührt, überhaupt sich nicht schide,
daß bei Festlichkeiten immer das erste Wort auf
Se. Majestät der König von Preußen und ein
zweites erst auf den eigenen Landesherren aus-
gebracht werde. Herr Dr. Trost soll Sorge
tragen, daß dieses endlich einmal abgeschafft
werde, Herr von Ziegler aber in keiner Weise
darüber sprechen.“

Sollten diese Briefe, mit denen der bayerische
Partikularismus in der geschmackvollen „General-
anzeiger“-Weise augenblicklich hausieren geht,
wirklich mit Wissen oder im Auftrag des
Königs geschrieben worden sein, so bliebe immer
noch fraglich, in welcher geistigen Verfassung
König Ludwig II., bei dem dieselbe schon lange
vor der Katastrophe sehr wechselte, jeweilig sich
befand. Der Stil der Briefe läßt aber als
deren Schreiber nicht den Vertrauten eines
Königs, sondern einen Lakaien, gleichviel welchen
Titel er führen möchte, vernennen, einen Lakaien,
der besonders dadurch seine nur von ihm ge-
führte Bescheidenheit bekundet, daß er gewisse
für einen „deutschen“ Satz notwendige Worte in
der Feder behält.

Aus dem Reiche.

Ueber das Befinden der Herzogin von
Sachsen-Altenburg wurde am Freitag folgender
Bericht ausgeben: „Mit wenigen Unter-
brechungen dauerte gegen den Zustand großer
Abspannung fort, obgleich die Nahrungsauf-
nahme eine hinreichende ist. Die Nacht war
gut.“ — Der Großherzog von Sachsen-
Weimar hat vorgestern auf der Wartburg den
Staatssekretär des Reichsmarineamts Kontr-
admiral Tirpitz empfangen. — Prinz Vojow
von Sagan, ältester Sohn des Herzogs von
Sagan aus seiner ersten Ehe mit der Herzogin
Montmorency, Stiefbruder der jungen ver-
witweten Fürstin Dolly Fürstinberg, der von seiner
Gemahlin Baronin Scanne Seiglière geschieden
ist, soll auf Wunsch seines jüngsten Sohnes ge-
willt sein, sich mit seiner Witte wieder zu ver-
heiraten. Prinz Archibald Vojow, der bei seiner
Mutter lebte, hat die einleitenden Schritte, wie
es heißt, bereits gethan. — Wie es heißt, soll
die Vermählung des Herzogs Ernst Günther
von Schleswig-Holstein erst Anfang des
nächsten Jahres erfolgen. Es kann sein, daß
der 4. Februar gewählt wird. Die Eltern der
Braut sind an diesem Tage 22 Jahre vermählt,
und es soll ein Wunsch der Prinzessin Klemen-
tine, der 80jährigen Großmutter der Braut sein,
daß ein „Erinnerungstag“ gewählt würde. —
Ob die Hochzeit in Wien oder Schloß Eszterházy
in Ungarn stattfindet, ist noch unentschieden.
Seinen höchsten Geburtstag feiert heute der
Germanist Prof. Varak, der Erzieher und
Leiter der Staats- und Landesbibliothek in
Erfurt. — Fürst Bismarck hat die Ein-
ladung des Hamburger Senats, an der Feier der
Erhebung des neuen Rathhauses am 26. d.
Mit. theilzunehmen, unter Hinweis auf seinen
gegenwärtig nicht günstigen Gesundheitszustand
ebenfalls abgelehnt. — Am 18. Oktober wurde
in Wiesbaden eine aus weißem Marmor hergestellte
Gedenktafel zur Erinnerung an Kaiser
Friedrich III. eingeweiht, welche an dem Hause

angebracht ist, in welchem Kaiser Friedrich als
Prinz Friedrich Wilhelm vom 14. bis 17. Sep-
tember 1860 gewohnt hat. Die Kosten der Er-
innerungstafel waren durch freiwillige Samm-
lungen der patriotischen Vereine Wittstods, nament-
lich der Kriegervereine, aufgebracht worden. Die Ein-
weihungsfeierlichkeit, bei welcher Superintendent
Kantig die Festrede hielt, verlief aufs schönste. —
Der Bromberger Kreisaußschuß hat die Klage
des Wirtes von Vaskowski in Wladi gegen
den dortigen Landrath, welcher ihn, wie mitge-
theilt, zu einer Geldstrafe für die unerlaubte
Unterweisung polnischer Kinder in der polnischen
Sprache herangezogen hatte, zurückgewiesen. —
Die Generalversammlung des konservativen
Landesvereins für das Königreich Sachsen
nahm einstimmig folgende Entschließung an:
„Die eben beendigten Landtagswahlen haben die
Nothwendigkeit der Festhaltung am Kartell
evident erwiesen. Es ist dringend zu wünschen,
daß das Kartell auch bei den künftigen Wahlen,
insbesondere auch bei den bevorstehenden Reichs-
tagswahlen in vollem Maße erneut durchge-
führt werde. In die bezüglichen Vorbereitungen
für die Reichstagswahlen ist mit thätigster Be-
schleunigung einzutreten.“ — In der letzten
Plenarversammlung der Handelskammer in
Stuttgart wurde über die Frage der Errichtung
einer Getreidebörse verhandelt. Die Kammer be-
schloß nach eingehender Verathung, nicht für eine
solche Einrichtung einzutreten. Die Auffassung,
daß eine solche Getreidebörse hier nicht lebens-
fähig sei, wurde von sämtlichen Interessenten ge-
theilt. — Die Entschließung, welche die fünfte
evangelische Landesynode in Württemberg,
wie drähtlich schon gemeldet wurde, gegen die
päpstliche Canisius-Encyclica gefaßt hat, lautet
wörtlich: „Die fünfte evangelische Landesynode
Württembergs weist die Schmähungen gegen
Luther und die deutsche Reformation, die in dem
anlässlich der Canisiusfeier ergangenen Mund-
schreiben des Papstes enthalten sind, als eine
empörende Beschimpfung der evangelischen Christen-
heit mit einmüthiger Entschiedenheit zurück.“ —
Der landwirthschaftliche Provinzialverein für
Westfalen und Lippe beschloß, sogleich die bis-
herigen Organisationen (Provinzialverein und
Bauernverein) sich benützen, um in der jetzigen
andauernd schwierigen Lage der Landwirtschaft
die Einmüthigkeit des gesamten Bauernstandes
auch in seiner Vertretung nach außen zum Aus-
druck zu bringen, sich für die Errichtung einer
Landwirthschaftskammer in Westfalen aus-
zusprechen.

Deutschland.

Berlin, 23. Oktober. Die Kaiserin war in
der Frühe ihres gestrigen Geburtstages durch ein
Ständchen der Musikkapelle des 1. Garde-Re-
giments z. B. erfreut worden. Aus Anlaß ihres
Geburtstages liegen die Glocken der neuerbauten
Kathedrale der Kaiserin zum ersten Mal weithin
ihre feierlichen Töne erklingen. Der Jahne-
schmuck war hier unten den Linden und in den
großen Verkehrsstraßen ein recht reichhaltiger.
Eine Flagge in den Farben der Kaiserin, blau-
gelb-roth-weiß, welche kürzlich vom königlichen
Verordnungsamt festgelegt wurden, erblickte man
beim Waffstein der Brückentreppe an der zu Ehren
des Tages flaggenreich geschmückten Front des Kauf-
hauses Rudolph Wertheim. Es ist dies wohl die
erste Fahne in den neuerdings festgelegten Far-
ben. — In Kiel flaggten die Kriegsschiffe, und
die Batterien gaben Salutsschüsse ab.

— Zufolge Auftrages des Kultusministers
richteten die Bezirksregierungen an die Landräthe
das Ersuchen, ihre besondere Aufmerksamkeit dar-
auf zu richten, daß, falls sich etwa in den länd-
lichen Gemeindegemeinden typische Krankheitserscheinun-
gen vereinigen oder in größerem Umfange zeigen
sollten, ungeachtet der erforderlichen sanitären
Anordnungen getroffen werden. Die alsdann
nothwendigen Feststellungen sind durch die Medi-
zinalbeamten ohne Verzug an Ort und Stelle zu
treffen, und es bleibt in jedem einzelnen Falle
zu erwägen, ob etwa die Entfernung des Re-
gierungs- und Medizinalraths ratsam erscheint.
In Fällen dieser Art erwartet der Minister zu-
gleich eingehenden Bericht, um seinerseits erwägen
zu können, ob etwa von ihm aus noch weitere
Maßnahmen zu treffen sein werden.

— Der Zentralverband deutscher Kaufleute
hat den Bundesrath um Aufklärung darüber er-
sucht, was unter „getrennten Verkaufsräumen“ im
Sinne des Marinegesetzes zu verstehen sei, und
ihn gleichzeitig gebeten, die Abänderung eines
Vertrages im Verkaufsort als genügend an-
zuerkennen. Ferner hat der Verband beim preussischen
Finanzminister den Antrag gestellt, die Ge-
meindebehörden auf die Zulässigkeit der Erhebung
einer besonderen Steuer für großkapitalistische
Detailgeschäfte (Warenhäuser, Bazare etc.) und
Konsumvereine hinzuweisen und die Einführung
dieser Steuer anzuregen. Eine weitere Eingabe
an den Reichstanzler enthält das Gesuch, auch
die Konsumvereine in Aktiengesellschaften der Vor-
zugs- zum Genossenschaftscharakter vom 12. August
1896 zu unterstellen und eine weitere wesentliche
Beibehaltung des Konsumvereinswesens überhaupt
herbeizuführen. Als Beispiel für die ungeheure
Zunahme der Konsumvereine wird der Verein in
Breslau angeführt, dessen Mitgliederzahl sich im
letzten Jahre von 39 000 auf 66 000 erhöht hat.
— In einer Eingabe an das Reichsamt des
Innern und an den preussischen Minister des
Innern wird beantragt, Konsumvereine und
ähnlichen Vereinen den Verkauf von Branntwein
und sonstigen Spirituosen zu unterlegen, da es
den sittlichen Anschauungen und allgemeinen
Interessen widerspreche, Einrichtungen zuzulassen,
die durch angebliche Verbilligung der Preise den
Verbrauch von Branntwein fördern. Es strebe
auch fest, daß die Konsumvereine einen möglichst
großen Umsatz in Spirituosen nicht ungern suchen,
weil dabei der größte Gewinn erzielt werde.

— In den Etat des laufenden Jahres ist
zum ersten Mal ein Fonds eingestellt worden,
der zur Unterstützung der allgemeinen Interessen
von Handel und Gewerbe bestimmt ist. Ueber
aus diesem Fonds gewährten Unterstützungen
schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Im Vordergrund
steht für dieses Jahr die Unterstützung gewerblicher
Sachverständiger nach Orlan, welche durch Beiträge
des Reichs, Preußens, Sachsens und zahlreicher in-
dustrieller Vereine, Handelskammern zu Stande
gebracht ist. Es geht ihrem Ende entgegen, und
das Ergebnis wird, nach den schon jetzt vor-
liegenden Berichten zu urtheilen, den Erwartungen

gen entsprechen. Daneben hat der Staatssekretär
des Innern sich in der Lage gesehen, mehreren
Fachschulen, deren Wirkungsbereich sich über das
ganze Reich erstreckt, sowie der Zentralfeste für
Arbeiterwohlthätigkeitsanstalten Beihilfen zuzu-
wenden, und vor kurzem ist vom Grafen Bodo-
mstky der neuerdings gegründeten deutschen
Versuchsanstalt für Lederindustrie zu Freiberg
i. S. eine Unterthürung gewährt worden. In
dieser Anstalt sollen namentlich auch umfassende
Untersuchungen über die Verwendbarkeit der ver-
schiedenen Gerbmateriale und Gerbprozesse ver-
anstaltet werden, eine Wirksamkeit, welche für
die inländische Produktion wesentliche Bedeutung
erlangen kann, auch für die Fußbekleidung des
Heeres von Wichtigkeit ist.“

— Die „Nat.-Lib. Corr.“ schreibt: „Unbe-
stritten ist bisher die Behauptung der „Freis.
Ztg.“ geblieben, wonach seitens der Führung der
Freisinnigen Vereinigung in Schleswig-Holstein
eine Anzahl von Wahlkreisen Geldbeträge zur
Führung des Wahlkampfes bis zu 20 000 Mark
angeboten sind, falls sie die von der „Freisinnigen
Vereinigung“ vorgeschlagenen Kandidaturen an-
nehmen. Danach muß die „Freisinnige Ver-
einigung“ über hohe Geldmittel verfügen, und
das erklärt allerdings auch die Mithrilität, noch
mehr aber das Gerücht ihrer Agitation. Die
„Freis. Ztg.“ behauptet auch weiter, daß diese
Mittel von dem „Schugverband gegen agrarische
Uebergriffe“ herrühren. So viel wir wissen,
ist bei Gründung des Schugverbandes mit be-
sonderer Befriedigung hervorgehoben worden, daß
auch von national-liberalen Persönlichkeiten Bei-
träge eingegangen seien. Sollte dies der Fall
sein, dann stände die Thatsache fest, daß unter
dem Vorgeben, agrarische Uebergriffe abzuwehren,
die „Freisinnige Vereinigung“ auch die von dieser
Seite dafür aufzubringen Mittel benutzt, und
friedensfördernd in Wahlkreisen, die garnicht agrar-
isch, sondern national-liberal sind, unter dem
Vorwande, „Juncker“ zu suchen, den bisherigen
Bestand gefährdet. Im Interesse der Sache
des Schugverbandes selbst wäre es wünschens-
werth, eine befriedigende Aufklärung darüber zu
erhalten, wie es sich mit den Behauptungen der
„Freis. Ztg.“ verhält, welche dieselben durch
Zeugenaussagen nöthigenfalls erhärten will.“

Oesterreich-Ungarn.

Gestern verhandelte das österreichische Ab-
geordnetenhaus weiter über die Ministeranträge
wegen der Vorgänge in Eger. Abg. Schider
führte aus, die böhmische Bevölkerung behaupte
stets, die unterdrückte im Lande zu sein, während
die Deutschen gerechtfertigte Ursachen hätten, die
von sich zu sagen. Er polemisierte gegen die Rede
des Abg. Herold und erklärte die Vorwürfe
Herolds gegen die frühere deutsche Partei für
unbegründet; denn man verdanke der Verfassungs-
partei alles Freiheitsliche im Reich, insbesondere
die Schulgesetzgebung; nur wäre die Verfassungs-
partei doctrinär, während die Partei des Reichers
das Volkthum in den Vordergrund stelle. Er
belegte sodann die Geschichte des Egerer Volks-
tages und hebt hervor, die Bevölkerung sei von
je her kaisertreu und loyal. Er hebt die Ge-
heimhaltung der Einberufung des Egerer Volks-
tages hervor und kritisiert das behördliche Ver-
bot, welches ebenso wie das Erscheinen der
Freidenk-Polizei ein großer Aufregung hervor-
gerufen habe. In Eger seien 50 Verlegungen
vorgekommen. Er zitiert die Kundgebungen,
welche anlässlich der Egerer Ereignisse für die
deutsche nationalen Abgeordneten veranstaltet
worden seien und schließt mit der Bitte, seinen
Antrag einem Spezialauschuß zuzuwenden. (Be-
stärkter Beifall. Handstreich links.) Minister-
präsident Graf Badeni erklärt, er beabsichtige
nicht dem Antragsteller auf das politische Gebiet
zu folgen, glaube vielmehr, seine Aufgabe sei,
sich an die Thatsache zu halten und zu beweisen,
daß dasjenige, was ihm vorgeworfen würde,
nicht geschehen sei, sondern daß die Behörden
darauf vorgegangen seien. Er wolle sich daher
auf das beschränken, eine altmännliche Darstellung
des Vorganges der Behörden zu geben, aus
welcher die Gründe zu entnehmen seien, warum
die Verbote seitens der Behörden erlassen worden.
Die Unterlegung des Volkszuges sei im Einklang
mit zahlreichen Entscheidungen des Reichsgerichts
gänzlich vollkommen begründet. Die Vorfälle,
welche sich hierauf trotz dieser Unterlegung am
13. Juni 1897 in Eger abspielten, hätten hin-
reichend die Nothwendigkeit besonderer Sicherheits-
vorkehrungen dargelegt. Solchen Maßnahmen ge-
genüber erliegen die Egerer Sicherheitsorgane
unzureichend, weshalb die in Nordböhmen ent-
behrliche Gendarmerie nach Eger dirigiert und
weil sich die Vereinfachung der Polizei bei
großen Versammlungen als unzureichend ergebe,
auch die Prager berittene Sicherheitswache her-
angezogen worden sei, um nicht gleich Kavallerie
verwenden zu müssen. Der Ministerpräsident be-
hauptet, daß bei den eingeleiteten umfassenden
Erhebungen und durchgeführten amtlichen
Untersuchungen von den wenigen vorgekommenen
Verletzungen nur eine nebensächliche, aber auch
diese nicht gefährlich gewesen sei. Aus dieser
Darstellung gehe hervor, daß die Behörden be-
züglich des Volkszuges in Eger streng ge-
bungen und daß es ihre Pflicht war,
offensiver Aufklärung gegen bedrohliche Ver-
schiebungen mit entsprechendem Nachdruck entgegen-
zutreten. Der Ministerpräsident schließt: „Bei
derartigen Ereignissen sind für mich zwei Stand-
punkte maßgebend, erstens, daß die Regierungs-
organe streng geübt werden, zweitens, daß
sie so vorgehen, daß die öffentlichen Interessen,
welche der Staat zu schützen und zu wahren
hat, nicht gefährdet werden. Ich bin mir meiner
gezielten Befugnisse vollkommen bewußt und
werde innerhalb der gesetzlichen Schranken in-
nen und außen festhalten, was ich als Pflicht
meines Amtes erachte.“ (Beifälliger Beifall und
Handstreich links.) Nach dem Ministerpräsidenten führte Dr. Stranitzky
(Gedeh) aus: Die Gründe für die Anklagen
seien politischer und nicht juristischer Natur. Die
Gesetze wollten keine Polizeimaßregeln in Schutz
nehmen. Es vertheidigten weder die Egerer
Verfassungen der Regierung, noch deren Geheim-
erlasse, sie ständen den Anklagen nur aus
anderen Gründen entgegen. Er beantragt, über
die beiden Ministeranträge zur Tagesordnung
überzugehen. Abg. Schwarz erklärt, es handle
sich nicht um den Kampf der Deutschen gegen die
Slovenen, sondern um das Recht, welches allen
Bürgern Oesterreichs gewährt werden müsse. Das
Hauptgewicht liege auf der Lösung der Minoritäten-

frage. Der Redner hofft auf Befähigung der
Gemüther und auf einen Ausgleich in Böhmen.
Die Verhandlung wird 7 Uhr Abends abge-
brochen. Nächste Sitzung ist Dienstag.

Wien, 22. Oktober. Im Gemeinderath
fanden heute stürmische Scenen statt anlässlich
des Stadtrathsberichtes über einen von den
Deutschen nationalen gestellten Antrag, wonach dem
Wiener Bezirksrath für die Ablehnung des An-
suchens der Ertheilung des Deffinitivitäts-
rechtes für die Wiener geschäftliche Privat-
freudigkeit Zustimmung erteilt werden soll. Der
Stadtrath beantragte, der Gemeinderath wolle
diesen Beschluß billigen und seine Genehmigung
darüber aussprechen. Der Deutschnationale Dr.
Fischer bezeichnete diesen Antrag als viel zu
matt und fiel heftig gegen die Christlich-Sozialen
und den Bürgermeister Zueger aus. Der Liberale
Dr. Neumann sprach im gleichen Sinne, worauf
Zueger mit heftigen Angriffen auf die Deutschna-
tionalen, Liberalen und Juden antwortete. Es
entstand Tumult. Der Deutschnationale Ge-
meinderath Domane, der Zueger „Freiheit“ zu-
gerufen hatte, wurde für die heutige und nächste
Sitzung des Gemeinderathes ausgeschlossen. Der
Antrag des Stadtrathes wurde schließlich an-
genommen.

Belgien.

Antwerpen, 22. Oktober. Heute früh
unternahmen die hier anwesenden deutschen Ver-
treter von Städten und von Industrie und
Handel, einer Einladung der hiesigen Handels-
kammer folgend, auf dem Staatsdampfer „Prin-
zess Clementine“ eine Fahrt auf der Schelde.
An Bord des Dampfers bewillkommnete der
stellvertretende Präsident der Handelskammer die
Gäste und wies in seiner Ansprache darauf hin,
daß Antwerpen fortwährend bestrebt sei, durch
Erleichterungen im Seeverkehr seine Verbindung
mit dem deutschen Hinterlande zu erhalten und
zu vergrößern. Mittags fand auf Einladung
des Norddeutschen Lloyd an Bord des nach Ost-
afrika bestimmten Reichspostdampfers „Bremen“
ein Frühstück für die deutschen Gäste und die
Antwerpener Behörden statt. Der Direktor des
Norddeutschen Lloyd, Dr. Wiegand, begrüßte die
Gäste. Der Präsident der Handelskammer Mainz,
Geh. Kommerzienrath Michel, hielt eine An-
sprache, in welcher er im Einverständnis mit den
anwesenden Vertretern der 48 größten Handels-
kammern Rheinlands und Westfalens erklärte,
daß die gegenwärtige vierbüchserige Verbindung
nach Ostafrika weder dem Frachten noch dem
Passagierverkehr genüge, daß die Handelskammern
vielmehr auf das dringendste einen vierge-
büchserigen Verkehr befürworteten. Der zweite
Präsident der Handelskammer Münden, von
Fischer, sprach sich im Namen der bayerischen
Handelskammern auf das entschiedenste für die
Beibehaltung und Ausdehnung der gegenwärtigen
Verbindungen zu Antwerpen als vermittelndem
Seehafen aus. Oberbürgermeister Becker-Sölln
tauschte unter besonderer Begünstigung auf das
außerordentliche Entgegenkommen des belgischen
Staates auf die Stadt Antwerpen und das
Komitee zur Ausdehnung der Verbindungen
zwischen Antwerpen und dem deutschen Hinter-
lande.

Spanien und Portugal.

Der dem spanischen Ministerpräsidenten na-
hestehende „Gorreo“ enthält folgende Bemerkung:
„Die auswärtige Presse beschäftigt sich jetzt
häufig mit den schweren Nachtheilen, die die
Schiffahrt auf dem Mittelmeer in Folge der be-
merkenswerthen, durch die bisherige Straflosigkeit
geförderte Zunahme des Seeräubertums an der
Mittelküste erleidet. Um ihm zu steuern, wird von
der Möglichkeit eines internationalen Abkommens
gesprochen, das ein für allemal und mit dem
nothwendigen Nachdruck einen Zustand beseitigen soll,
der als eine Schmach für unser Jahrhundert be-
zeichnet werden kann. Um dahin zu gelangen,
wie überhaupt in Bezug auf alle Fragen, die
Marokko betreffen, wird unsere Regierung, die
diese Angelegenheit mit großer Aufmerksamkeit
verfolgt, die Stellung zu bejahen wissen, die
ihre die Vertheilung traditioneller und historischer
Interessen bezüglich Marokkos in der europäischen
Politik vordrückt.“

Das sind tapfere Worte — ob aber Spanien
in seiner jetzigen Lage im Stande sein wird,
seine historische Stellung in Marokko zu be-
haupten, muß leider einigermaßen bezweifelt
werden.

Rußland.

Der „Regierungsboten“ veröffentlichte gestern
den Bericht der Kommission zur Feststellung der
Persönlichkeiten der auf dem Schindelfelde im
Mai 1896 Ermordeten. Die Gesamtzahl der
Opfer wird auf 1429 angegeben. An die An-
gehörigen der Ermordeten wurde eine Unter-
stützung im Betrage von 390 000 Rubeln
vertheilt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. Oktober. Die in diesem
Monat von der Landwirtschaftskammer
für die Provinz Pommern heraus-
gegebene Nr. 8 ihrer „Mittheilungen“
bringt eine Veröffentlichung des Kuratoriums der
Zentralfeste der Preussischen Landwirtschafts-
kammern über Getreidepreise. In derselben wird
der Nachweis geführt, daß die Getreidepreise in
Deutschland seit Inkrafttreten des Verbotes des
börsenmännlichen Terminhandels hinter den Welt-
marktpreis sowohl in Weizen als in Roggen
nicht zurückgefallen sind, sondern genau die-
selbe Preisbildung von rund 50 Mark resp.
30 Mark erzielt haben, nur, daß die Steigerung
stetig und daher wenig bemerkbar vor sich ging,
während der Weltmarktpreis heftig und un-
mittelbar hin- und herschwankte, um schließlich das-
selbe Resultat zu erzielen. Das spricht eine
deutliche Sprache für das Verbot des börsen-
männlichen Terminhandels. Ferner veröffentlicht die
„Mittheilungen“ mehrere Berichte des Vor-
standes der Landwirtschaftskammer an den
Herrn Landwirtschaftsminister. Betreffs der
Reorganisation des Landes-Oekonomie-Kollegiums
ist der Vorstand dahin vorstellig geworden, mit
der unethischen Umformung dieser Stelle, welche
sich jetzt der natürlichen Grundlage entbehre,
vorzugehen und dieselbe, sei es nun unter dem
bisherigen Namen Landes-Oekonomie-Kollegium
oder Landes-Landwirthschaftskammer, mit wesent-
lich erweiterten Befugnissen auszustatten, da sie
nicht nur als technischer Beirath des Herrn Mi-

nisters für Landwirtschaft, sondern auch als
Haupt-Arbeits- und Berathungsstelle der sämt-
lichen Kammern zu dienen hätte. In dem
Bericht, welcher über die wünschenswerthen Ver-
besserungen der bisher vom kaiserlichen statistischen
Amt veröffentlichten „Berichte von deutschen
Fruchtmarkten“ vom Herrn Minister eingefordert
worden ist, empfiehlt der Vorstand, daß das
kaiserliche statistische Amt veranlaßt werden möge,
sich mit der Zentralfeste der Preussischen Land-
wirtschaftskammern in Berlin N., Bergriff, 9,
in Verbindung zu setzen, um diese in der Heraus-
gabe täglicher Notirungen für ganz Deutschland
zu unterstützen oder diese Herausgabe wenigstens
in Gemeinschaft mit der genannten Zentralfeste
zu bewirken. Dieser letzteren Anregung hat der
Herr Staatssekretär des Innern bereits in
dankenswerthester Weise durch die Anordnung
Rechnung getragen, daß sämtliche dem kaiserlichen
statistischen Amt zugehenden Nachrichten über ge-
zahlte Getreidepreise an deutschen Fruchtmarkten
unverzüglich und schon vor ihrer Veröffentlichung
der Zentralfeste der Preussischen Land-
wirtschaftskammern zugänglich zu
machen sind. — Es liegen also jetzt alle für
die Ermittlung der gezahlten Getreidepreise ver-
wendbaren Unterlagen auf den denkbar schnellsten
und zuverlässigsten Wegen bei der Zentralfeste
der Landwirtschaftskammern zufließen.
Und die von dieser Stelle täglich herausgegebenen
Notirungen, welche in der gesamten Presse die
weiteste Verbreitung gefunden haben, bilden heute
die allgemeinste und verbreitetste Grundlage für
die Getreideverläufe der Landwirthe in der ge-
samten preussischen Monarchie.

— Nochmals sei an die am morgigen Son-
ntag stattfindenden Wahlen für den Sten-
denrath und die Gemeinde-Ver-
tretung von St. Jakob erinnert, dieselben
beginnen nach dem Vormittagsgottesdienst
und werden um 2 Uhr geschlossen. Die Wahl
wird von dem Vorsitzenden des Gemeinde-Rathes
geleitet, welchem die übrigen Mitglieder
des Gemeinde-Rathes als Wahlvorstand zur
Seite stehen. Nur die persönlich erschienenen
Wähler sind stimmberechtigt, die Abstimme-
ung erfolgt mittels Stimmzetteln. Zur Stimmabgabe
sind nur diejenigen zugelassen, welche in der
Wählerliste aufgenommen sind.

— Den wesentlichen Gegenstand der Tages-
ordnung der am Donnerstag stattfindenden
Stadtverordneten-Sitzung betrifft die
Vorlage betreffend Aufbesserung der Gehälter der
Lehrer und der städtischen Beamten, welche eine
Nachbewilligung von 143 795,95 Mark auf den
laufenden Etat nöthig machen. Weiter sollen
bewilligt werden 48 000 Mark für die Herstellung
der Zufahrwege zum Bahnhof Torney und Pom-
merendborf, 10 700 Mark zur Regulierung der
westlichen und nördlichen Umgebung der Jakob-
straße und 12 400 Mark zur Verstellung der
Pioniertruppe bis zur Anst.-Schule.

— Heute Vormittag hat die Vereidi-
gung der Rekruten der hiesigen Garnison
statt.

— Am Handelsministerium wird der „Post“
zufolge darauf gerechnet, daß die Normal-
isierungen für die künftigen 3 Jahre
noch vor Ablauf dieses Jahres fertig
werden.

— Der Gemahl des Geheimen Regierungs-
raths und Landraths v. Böttkammer, Maria,
geborenen Gräfin Schwerin, zu Stolp in Pommern
ist die zweite Klasse der zweiten Abtheilung des
Rußen-Ordens mit der Jahreszahl 1865 ver-
liehen.

— Am Mittwoch, den 27. Oktober giebt der
Stettiner Musikverein unter Leitung
der Herren Professor Lorenz und Musikdirektor
Jacobsen das erste Symphonie-Konzert. Das-
selbe ist zum größten Theil dem Andanten an
Brahms gewidmet. Einer der größten jetzt
lebenden Geiger, Prof. Arno Hilz aus Leipzig
wird das herrliche Violinkonzert des Verstorbenen
spielen. Neben der tragischen Overture kommt
dann noch die Rhapsodie für Violoncello (Frl.
Alexander) und Männerchor (der Lehrerchor) zu
Gehör. Der zweite Theil bringt die jugend-
frische D-dur-Symphonie von Mozart und einen
Konzertsaal von Paganini, dessen Geburtstag am
27. Oktober ist.

* Auf einer Rundfahrt durch das Gebiet
bemerkte gestern Abend ein Beamter der Schif-
fahrtspolizei an der Oberwiehl ein mit Kohlen
beladenes Boot, bei welchem sich zwei Männer
zu schaffen machten. Letztere entließen, als sie
des Beamten aufstiegen wurden, kehrten jedoch
nach einiger Zeit zurück, da sie glauben mochten,
daß die Luft wieder rein sei. Der Polizist hatte
sich jedoch auf die Lauer gelegt und es gelang
ihm, einen von den beiden Männern fest-
zufassen, derselbe gab sich für einen Arbeiter
Willy Erdmann aus und machte über den
Erwerb der Kohlen die widersprechendsten An-
gaben, weshalb das Boot mit Besatz belegt
und es sich als nicht erweis, auf einer
nahgelegenen Kahnbank in Verwahrung
gegeben wurde. Das Fahrzeug war, wie fest-
gestellt werden konnte, von einem Stauer
entliehen.

* In der gestrigen Sitzung der Tiefbau-
Deputation wurden die Fundamentsarbeiten für
das Speichergebäude der neuen Wasser-
anlage einschließlich der Holz- und Eisenerstellung
vergeben. Es sind ca. 2990 Pfähle einzutrammen
und 2330 Kubikmeter Mauerwerk auszuführen.
Den Zuschlag erhielt Zimmermeister Schmidt
hierbei mit einer Forderung von 249 158,70
Mark.

* Einer Fleischerfrau wurde vorgestern am
Dampfschiffbockwerf ein Portemonnaie mit 40
Mark und einer Kaufmannskarte in der Unter-
stadt ein Geldstück mit 26 Mark sowie einigen
deutschen Münzen entwendet.

* Aus der Waschküche des Hauses Böhl-
straße 65 wurden in einer der letzten Nächte
Waschküchen im Werthe von etwa 30 Mark ge-
stohlen. Ferner wurde ein auf dem Hof
des Hauses befindlicher, verschlossener
Kasten gewaltsam geöffnet und daraus drei
werthvolle Kaninchen entwendet. Für die Wieder-
erlangung der Waschküche ist eine Belohnung
ausgesetzt worden.

— Im Konfordia-Theater erfreut
sich auch das gegenwärtige Programm einer
erfreulichen Aufnahme, demselben fehlt es nicht
an unterhaltender Abwechslung. Von den neu-
eingetretenen Kräften haben besonders die Ge-
schwister Taylor als musikalische Hölle-
läuferinnen lebhaften Beifall gefunden, eine be-

widerspricht dem gestrigen Gerüchte, wonach General Wehler beschlossen habe, sich den Befehlen der spanischen Regierung zu widersetzen.